SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Bulgarien unter sozialistischer Flagge

Brahm, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Brahm, H. (1995). *Bulgarien unter sozialistischer Flagge.* (Berichte / BIOst, 62-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42223

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung 3

Wahlsieger BSP 6

Die Regierung Žan Videnovs 11

Die Wirtschaft und die Kriminalität 14

Wie links ist die Videnov-Regierung? 16

Summary 20

31. Oktober 1995

Heinz Brahm

Bulgarien unter sozialistischer Flagge

Bericht des BIOst Nr. 62/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Seit dem 25. Januar 1995 hat Bulgarien eine neue Regierung. Es ist die siebte seit dem Umbruch vom 10. November 1989. Wie in vielen Ländern Osteuropas sind nun auch in Bulgarien die Postkommunisten, die sich mit dem Bauernbund A. Stambolijski und der Ekoglasnost zur "Demokratischen Linken" zusammengeschlossen haben, an die Macht zurückgekehrt. Im Unterschied zu den antisozialistischen Regierungen in Polen und Ungarn hat die "Union der demokratischen Kräfte" (SDS) in Bulgarien nicht lange regieren können, nur gut ein Jahr, und hat kein stabiles Reformfundament legen können. Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) ist zudem bei weitem nicht so geläutert und reformiert wie die postkommunistischen Parteien in Polen und Ungarn.

Seltsamerweise ist die Expertenregierung unter Ljuben Berov, die nach dem Sturz von Filip Dimitrov gewählt wurde, von den Wählern eher als eine "blaue" Regierung angesehen worden, obwohl sie von den Sozialisten, der "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (DPS), die de facto die türkische Minderheit vertritt, und nur von den Abtrünnigen der SDS getragen wurde. Allein die SDS stand in Opposition zur Regierung Berovs, der zum Schluß niemand mehr eine Träne nachweinte. Dennoch konnte die SDS nicht vom Versagen der Berov-Regierung profitieren. Nach Meinung vieler Bulgaren ging der Mißerfolg dennoch, direkt oder indirekt, auf das Konto der "Union der demokratischen Kräfte". Die SDS hatte - so die Logik vieler Wähler - mit ihren Forderungen nach Demokratie und Marktwirtschaft die, wie man im nachhinein meinte, heile Welt des Sozialismus zerstört. Der Arzt war schuldig: Hätte es ihn nicht gegeben, wäre die Krankheit nie entdeckt worden.

In ganz Osteuropa ist seit geraumer Zeit ein Ruck nach links, zu den postkommunistischen Parteien, zu beobachten. Bulgarien bildet keine Ausnahme. Vor allem die Rentner und die früheren Funktionäre haben erkannt, daß sie vom Umbruch nicht profitieren. Die einen sehen sich infolge der Inflation und der geringen Kaufkraft ihrer Rente um ihre letzte Sicherheit gebracht, die ehemalige Nomenklatura fürchtet um ihre Positionen und Privilegien. Immerhin hatte vor 1989 fast eine Million Bulgaren das kommunistische Parteibuch.

Der SDS haben natürlich die nie enden wollenden Querelen in ihren eigenen Reihen sehr geschadet. Kurz vor den Wahlen im Dezember 1994 hatte Stefan Savov mit einer stattlichen Anzahl von Abgeordneten die SDS verlassen.

Ergebnisse

Die absolute Mehrheit der Parlamentssitze erlaubte es der BSP, eine Regierung nach ihren Vorstellungen zu bilden, wenn sie auch sicher gerne die Last der Verantwortung mit einem Koalitionspartner geteilt hätte. Gestützt wird die Regierung von einer Partei mit gegenwärtig 340.000 Mitgliedern - mit Abstand die mächtigste politische Formation im Land. Die heimlichen und unheimlichen Verbündeten der Sozialisten sitzen in der Wirtschaft, in den Banken, Zeitungen und wissenschaftlichen Instituten. Viele Bulgaren, die sich als Nichtsozialisten ausgeben, haben sehr zielstrebig mitgeholfen, die SDS in Verruf zu bringen und die BSP als Hort der Intelligenz und Kompetenz erscheinen zu lassen.

Die Leser der "Frankfurter Rundschau" fanden im Juni 1995 (ohne genauere Datumsangabe) eine 14seitige Anzeige der "Global Press", die dem Zweck diente, das Image des neuen Bulgarien aufzupolieren. In ihr hieß es, daß die bulgarische Regierungspartei "in vielen Punkten auf der Linie der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas" liege und über ein junges Team verfüge, "dem durchaus zuzutrauen ist, daß es die stagnierende Reform wieder in Gang bringt". Den Deutschen sollte suggeriert werden, das Wunschbild, das die BSP von sich hat, schon für die Realität zu halten. Die postkommunistische Partei will sich mit einem Federstrich ihrer anrüchigen Vergangenheit entledigen. Darüber hinaus will sie die unselige Verbindung, die sie mit dem "Kapital" eingegangen ist, als eine Selbstverständlichkeit gewertet sehen.

Die BSP muß eine Politik betreiben, die sowohl von den Rentnern wie von den "roten" Unternehmern akzeptiert werden kann. Žan Videnov, der neue Premierminister, steht vor der Aufgabe, die Interessen der Rentner und der sog. roten Millionäre unter einen Hut zu bringen. Ihm hilft dabei die Parteidisziplin der ehemaligen Kommunisten.

Die Zeit ist noch längst nicht reif für eine Bilanz der neuen Regierung. Man hat 1993 die Berov-Regierung zu früh gelobt und mußte schließlich den Stab über sie brechen.

Die Inflation, die 1994 fast 122 Prozent ausmachte, könnte in diesem Jahr 30-50 Prozent betragen. Schon 1994 hatte sich die Wirtschaft leicht erholt. Dieser Aufwärtstrend dürfte sich fortsetzen. Die Arbeitslosenzahl wird von 17 (1994) auf 15 Prozent (1995) fallen.

Dennoch leidet die Bevölkerung ganz offenkundig. Rentnerinnen schimpfen auf die "heutigen Kommunisten", die nicht so schlau seien wie die früheren. Sie werden aber dennoch für die Sozialisten stimmen. Der Lebensstandard scheint sich für viele zu verschlechtern. Die Löhne von Normalverdienern reichen kaum für das Allernotwendigste aus. In den Kühlschränken herrscht gähnende Leere.

Die Kriminalität, die sich seit der Regierung Ljuben Berovs fast ungehemmt entfalten konnte, wurde von der neuen Regierung nicht unter Kontrolle gebracht. Der heimliche Transfer von Nationaleigentum in die Hände ehemaliger Kommunisten geht weiter.

Selbst wenn der Lebensstandard in Bulgarien noch weiter absinkt, wird die Bevölkerung nicht so leicht ihre prosozialistischen Neigungen aufgeben. Mehr als eine Generation hat zur Zeit der kommunistischen Herrschaft lesen, schreiben und denken gelernt. Eine breite bürgerliche Schicht, die den Vorstellungen des Kommunismus hätte widerstehen können, hatte es 1944 nicht gegeben. Wer schließlich von der BSP enttäuscht werden sollte, wird nicht unbedingt die SDS wählen. Es

kann eine große Masse von Unzufriedenen entstehen, die entweder nicht mehr zur Wahl gehen oder einem Demagogen folgen. Schon heute sind nicht wenige Bulgaren an ihrem Land irre geworden. Sie bezweifeln, ob ihr Land überhaupt reif für die Demokratie ist.

Ob eine Regierung einen falschen Weg eingeschlagen hat, wird für viele oft erst sehr viel später klar. Man muß davon ausgehen, daß Bulgarien schon heute mehr und mehr hinter den Reformstaaten Osteuropas herhinkt.

Wahlsieger BSP

Die "Union der demokratischen Kräfte" (SDS), die 1992 nach dem Abfall einiger Mandatsträger sowohl aus den eigenen Reihen wie der gesamten Vertretung der türkischen Minderheit das Steuer aus der Hand geben mußte, sank danach Stufe um Stufe in der Gunst der Bevölkerung. Sie konnte nicht davon profitieren, daß sie gegen die "Experten-Regierung" Ljuben Berovs opponierte. Ausgezahlt hat sich dagegen die doppeldeutige Unterstützung dieser Regierung für die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP). Das Kabinett Berovs war zum Schluß so heruntergewirtschaftet, daß Žan Videnov sie vor laufender Kamera als "bokluk" (Abfall) bezeichnete.

Im September 1993 soll die SDS um fast 3 Punkte hinter der BSP gelegen haben, im November 1993 um 4[1], im Januar 1994 um 10, im Februar 1994 um 7,2[2], Mitte Dezember 1994 um 16-18 Prozentpunkte[3]. Wenn diese Angaben in etwa stimmen, muß es unmittelbar vor den Wahlen noch einen zusätzlichen Schub zugunsten der Sozialisten gegeben haben. Das Wahlergebnis war in seiner Eindeutigkeit für Sieger wie für Verlierer eine Überraschung:

Parteien	**Stimmenanteil**	**Sitze**	**Stimmenanteil**	**Sitze**
	1994		**1991**	
Bulgarische Sozialistische Partei (BSP)	43,5	125	33,1	106
Union der demokratischen Kräfte (SDS)	24,2	69	34,4	110
Volksunion (NS)	6,5	18	-	-
Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS)	5,4	15	7,6	24

1 BBC Monitoring, Summary of World Broadcast: Central Europe, the Balkans, 29.11.1993. Vgl. dagegen Demokracija, 1.12.1993.

2 Radio Sofia, 22.2.1994 (Deutsche Welle, 23.2.1994). Es gab allerdings zur damaligen Zeit Umfragen, denen zufolge die BSP im Februar 1994 nur einen Vorsprung von 2 Prozentpunkten hatte. Novo slovo, 26.3.1994.

3 Magarditsch Hatschikjan, Nach den Parlamentswahlen in Bulgarien: Klare Verhältnisse, unsichere Vorzeichen, in: KAS-Auslandsinformationen, 1, 1995, S. 66-84, hier S. 67. Vgl. die Angaben in: Zname, 12.-18.10.1994; 24 èasa, 24.10.1994; Duma, 29.10.1994; BBC Monitoring, Summary of World Broadcast: Central Europe, the Balkans, 17.11.1994.

Bulgarischer Business Block (BBB)	4,7	13	1,3	-
Andere Parteien	15,6	-	25,0	-

In Litauen, Polen und Ungarn waren die Postkommunisten schon zuvor an die Macht zurückgekehrt. Der Linkstrend lag im Zug der Zeit. Selbst die PDS konnte inzwischen auf eine steigende Zustimmung zählen, obwohl sich der Lebensstandard und die Zukunftsaussichten in den neuen Ländern dank der Milliardenspritzen aus dem Westen deutlich verbessert hatten. Die 500-600 Milliarden DM, die Ostdeutschland zugeflossen waren, haben im Grunde nur bewirkt, daß die Zustimmung für die PDS bei rund 20 Prozent bleibt.

Nach 1989 war die Wählerbewegung in Mittel- und teilweise auch in Südosteuropa mit Wucht nach rechts gegangen. Der Wunsch, das Kapitel des Kommunismus zu schließen, war ein gewaltiger Treibsatz, der noch durch die Hoffnung verstärkt wurde, sehr schnell die Segnungen der Marktwirtschaft zu erfahren. Viele Menschen in Osteuropa müssen geglaubt haben, in einem Jahr oder höchstens zwei Jahren über dem Berg zu sein. Dies war eine verständliche Selbsttäuschung, der auch diejenigen erlagen, die den Westen aus eigener Anschauung kannten und damit auch um die Schattenseiten der Marktwirtschaft hätten wissen müssen. Die sozialen Kosten und der Streß des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs waren erheblich größer, als dies die meisten Polen, Tschechen, Deutschen oder Bulgaren ursprünglich gedacht hatten. Der Rückschlag konnte daher nicht ausbleiben.

Im Abstand von drei, vier oder fünf Jahren schienen und scheinen viele Menschen in den ehemals kommunistisch regierten Staaten die Zustände vor 1989 bei weitem nicht mehr als so schlimm wie zur Zeit des Umbruchs zu sehen. Offensichtlich hat das Gedächtnis inzwischen vieles aussortiert oder anders gewichtet, was vorher eindeutig negativ besetzt war. Dies ist eine Erscheinung, die man auch bei Erlebnissen der Schul- und Kriegsjahre kennt, die so sehr verdrängt und gefiltert werden können, bis schließlich nur noch eitel Sonnenschein oder Klamauk übrigbleibt.

Man hat von "Partial"- und "Trotz-Nostalgie" gesprochen, um das Verhalten der Menschen in den neuen Ländern der Bundesrepublik zu beschreiben.[1] Ostdeutschland unterscheidet sich heute natürlich in vielem von seinen ehemaligen sozialistischen Bruderstaaten, da es von Westdeutschland Unterstützung erhält, nichtsdestoweniger kann ein Blick auf die fünf neuen Bundesländer verdeutlichen, was den Pendelschwung nach links in Polen oder Bulgarien verursacht hat. Nach einer Umfrage in der ersten Hälfte dieses Jahres glaubten 79 Prozent der Menschen in

[1] Vgl. Der Spiegel, 3.7.1995, S. 40-52; Zusammenfassung in: Duma, 11.7.1995.

Ostdeutschland, daß die Idee des Sozialismus an sich gut sei, aber die Politiker unfähig waren, sie zu realisieren.[1] Nur 19 Prozent zeigten sich überzeugt, daß der Sozialismus zum Scheitern verurteilt war. 26 Prozent der Befragten fanden sogar die Idee des Kommunismus sympathisch, 15 Prozent wünschten sich die DDR zurück. Eine Mehrheit von Ostdeutschen nimmt heute sogar an, daß die DDR auf dem Gebiet der Schulbildung, des Gesundheitswesens oder der Versorgung mit Wohnungen der Bundesrepublik überlegen war. Zwei Drittel der Menschen in den neuen Ländern glauben, daß im Fernsehen und in den Zeitungen zu negativ über die ehemalige DDR berichtet werde. Aus allen diesen Angaben kann man nur den Schluß ziehen, daß der Zusammenstoß der Ostdeutschen mit der Welt des Westens zu einer erstaunlichen Veränderung der Wahrnehmung geführt haben muß. Richtig ist allerdings, daß unter der Herrschaft der SED manches einfacher war, daß das Leben sicherer war, jeder seine Arbeit hatte und man nicht die Mietprobleme hatte, die mit dem Einzug der Marktwirtschaft nach Ostdeutschland entstanden sind.

1994 hielt in Polen eine Mehrheit die Zeit der Volksrepublik für die beste Zeit ihres Landes, nicht die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und nicht die Jahre nach 1989.[2] Ganz anders würden die Polen sicher votieren, wenn sie definitiv zwischen einem kommunistischen Regime und der Freiheit wählen müßten. Die nostalgische Strömung war und ist in Bulgarien allem Anschein nach noch stärker als in Ostdeutschland oder Polen. Die Aufklärung über das Versagen und die Verbrechen des Kommunismus, wie sie von einigen Medien betrieben worden war, scheint bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht allzu tiefe Spuren hinterlassen zu haben. So konnte die BSP einen immensen Einfluß auf die Gesellschaft behalten. Sie möchte zwar eine moderne sozialistische oder sozialdemokratische Partei westlichen Zuschnitts sein, doch sie hat sich nicht einmal mit der nötigen Schärfe von ihrer Vergangenheit distanziert. Im April 1990 hat sie ihren Namen geändert.[3] Die Sozialisten wollen nach den Worten eines witzigen Beobachters wie eine alternde Kokotte nicht mehr an die frühere Zeit erinnert werden. Sie spielen die Zeit des Kommunismus mit den Worten herunter: "Wir waren damals Kinder."[4]

In Bulgarien waren dieselben Klagen wie in Ostdeutschland zu hören: Damals, vor der Wende, sei das Leben geordneter, der Umgang der Menschen untereinander humaner, die Preise stabil, die Renten sicher gewesen und eine nennenswerte Kriminalität habe es auch nicht gegeben. Ein großer Teil der Bulgaren, selbst der Intelligenz, ist stärker vom Kommunismus infiziert gewesen, als er es wahrhaben möchte. Zwar hat man sich vor 1989 über die sozialistische Phraseologie lustig gemacht, aber heute tauchen plötzlich sogar bei solchen, die nie Kommunisten waren, Werturteile und sogar Worthülsen aus der Vergangenheit wieder auf. Vor allem die ältere Generation besann sich auf die alte Zeit, die, wie sie meint, so schlecht nicht gewesen sei. Fast ein Viertel der Bulgaren sind Rentner.

1990 hatten 2,9 Millionen für die Sozialisten gestimmt, 1991 immerhin noch 1,8 Millionen, obwohl die Regierung Andrej Lukanovs kläglich gescheitert war, und im Dezember 1994 2,3 Millionen. Insgesamt hat die BSP 1994 43,5 Prozent der Stimmen gewonnen, was wegen der nicht wirksam gewordenen Stimmen für die gescheiterten Parteien zu einer parlamentarischen Mehrheit ausreichte.

---

1 Der Spiegel, 3.7.1995, S. 40ff.
2 Gazeta wyborcza, 28.6.1994.
3 M. Hatschikjan, a.a.O., S. 75.
4 Ebenda, S. 77.

Reneta Indžova, die Ministerpräsidentin der geschäftsführenden Regierung, die sich Hoffnung auf eine nochmalige Ernennung als Regierungschefin gemacht haben könnte, erklärte nach den Wahlen in ihrer Verärgerung, Bulgarien sei zum Kommunismus verurteilt. Man darf bestreiten, ob das, was auf den Ruinen der Bulgarischen Kommunistischen Partei als BSP auferstanden ist, im engeren Sinn noch kommunistisch genannt werden darf, aber es ist auffällig, daß selbst gebildete Bulgaren die BSP als kommunistisch bezeichnen.

47 Prozent der Menschen über 61 Jahre und 40 Prozent der Wähler zwischen 51 und 60 haben im Dezember 1994 für die Sozialisten gestimmt.[1] Aus detaillierten Umfragen ergibt sich auch, daß der größte Teil der Wähler mit niedriger Schulbildung die Sozialisten gewählt hat. Die BSP fand ihren stärksten Rückhalt in den Kleinstädten und auf dem flachen Land. In diesen Regionen war der Grad der politischen Informiertheit offensichtlich am geringsten. Außer den Sozialisten waren hier die übrigen Parteien nur spärlich vertreten. Die BSP scheint im Wahlkampf für viele den Eindruck der Geschlossenheit und Kompetenz gemacht zu haben. Sie verstand sich als Anwältin der Ärmsten und Deklassierten. Sie schien am ehesten einen Teil der früheren sozialistischen Ära zurückzubringen. Natürlich war die BSP auch der beste Schutz für die ehemaligen Kommunisten, für die Zuträger des alten Systems und für alle, die sich vor und nach 1989 bereichert hatten.

Die "Union der demokratischen Kräfte" gewann in den Wahlen vom 18. Dezember 1994 nur 24,2 Prozent der Stimmen, fast 20 Punkte weniger als die BSP und 10 Prozent weniger als in den Wahlen von 1991. Aus der antikommunistischen Flut war eine Ebbe geworden. 1990 hatte die SDS bei den ersten Wahlen noch 2,2 Millionen Stimmen auf sich vereinigt. Es hatte dennoch nicht zur Mehrheit im Parlament gereicht. Danach wurde sie zum Opfer der Zersplitterung und Differenzierung im nichtsozialistischen Lager. Die neuen Parteien und Parteiverbindungen blieben in der Regel unter der Vierprozentklausel.

1991 gewann die SDS nur noch 1,8 Millionen Stimmen. Die beiden Flügel, die sich von ihr getrennt hatten, das "Zentrum" und die "Liberalen", zogen zwar 332.000 Stimmen auf sich, gelangten jedoch nicht ins Parlament. Am 18. Dezember 1994 entschieden sich nur 1,2 Millionen für die "Blauen". Gegenüber 1991 hatte die SDS 570.000, gegenüber 1990 1 Million Stimmen verloren.

Die SDS hatte viele enttäuscht, da sie keine Garantie für eine rasche Gesundung des Landes geben konnte. Dies konnte sie beim besten Willen nicht. Da sie für Demokratie und Marktwirtschaft eintrat, die vielen nur hohe Preise, niedrige Renten und Verlust des Arbeitsplatzes gebracht hatten, galt sie als der Sündenbock. Schließlich war sie im Unterschied zur BSP zerstritten, was ihrer Attraktivität nur schaden konnte. Kurz vor der Wahl hatte sich die Demokratische Partei, zum Teil jedenfalls, von ihr getrennt. Selbst Želev hatte öffentlich immer wieder an der SDS Kritik geübt, an ihr sogar stalinistische Züge entdeckt, was eine Entgleisung war. Die SDS hatte es schwer, da sie eine Koalition heterogener Kräfte war. In ihr fanden sich Sozialdemokraten, Liberale, Konservative und Monarchisten zusammen. Es bedurfte äußerster Anstrengungen, um die Vielfalt der Meinungen unter einen Hut zu bringen.

Es war schon an sich eine Leistung, daß die SDS durch die Klippen der politischen Auseinandersetzungen hindurchgesteuert werden konnte, ohne völlig zu zerbrechen. Auch wenn sie in den

[1] 24 èasa, 12.1.1995, S. 11. Zu der Wählerbewegung: Duma, 6.2.1995.

Wahlen von 1994 41 Sitze eingebüßt hatte, ging sie aus den Wahlen als stärkste Kraft der Opposition hervor. Außer der SDS und dem "Ungarischen Demokratischen Forum" sind alle antikommunistischen Allianzen in Osteuropa zerfallen, wenn sie einmal die Macht erobert hatten. Schadenfreude über die Niederlage der SDS blieb nicht auf die Sozialisten beschränkt, sondern wurde selbst von Parteien empfunden, die noch schlechter abgeschnitten hatten und die nicht einmal ein Mandat gewinnen konnten. Es ist zu kurz gegriffen, wenn man den Mißerfolg der SDS allein auf deren Fehler zurückführt. Seit geraumer Zeit bläst allen nichtsozialistischen Kräften der Wind ins Gesicht. Gegen die Nostalgiewelle zugunsten der postkommunistischen Parteien hatten die Nichtsozialisten kaum eine Chance. Das "Ungarische Demokratische Forum" erhielt bei den letzten Wahlen in der ersten Runde (Mai 1994) noch weniger Stimmen als die SDS, nämlich 11,7 Prozent.

Man kann es als eine Stabilisierung der bulgarischen Parteienlandschaft ansehen, daß auch die "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (DPS), die de facto die türkische Minderheit repräsentiert, nun zum dritten Mal seit 1990 im Parlament vertreten ist, allerdings geschwächt. Im Vergleich zu 1991 verlor sie 140.000 Wähler. Das ist sicher nicht nur mit dem schleichenden Exodus in die Türkei zu erklären, sondern hat auch mit dem riskanten politischen Kurs der Partei in den letzten Jahren zu tun, der schließlich zu einer Zersplitterung der DPS geführt hatte. Statt 24 hat sie jetzt nur 15 Mandate. Man muß sich fragen, ob die DPS 1992 ihre Rolle als Zünglein an der Waage nicht zu sehr strapaziert hat.

Zwei Formationen sind seit den Wahlen im Dezember 1994 zum ersten Mal im Parlament: die "Volksunion" (NS) und der "Bulgarische Business Block" (BBB). Vor der Wahl hatten beträchtliche Teile der Demokratischen Partei unter Stefan Savov die SDS verlassen und sich mit dem gemäßigten Bauernverband von Anastasija Mozer zur "Volksunion" zusammengeschlossen. 18 Abgeordnete dieses Wahlbündnisses sind in die Volksversammlung eingerückt. Für die Partei St. Savovs hat sich der Absprung von der "Union der demokratischen Kräfte" nicht ausgezahlt. In der NS ist sie nur mit zwei Abgeordneten, in der SDS war sie mit 24 Abgeordneten vertreten. Die Kandidaten von A. Mozers Partei schnitten dagegen in den ländlichen Gebieten besser ab. Es ist eine allgemeine Erscheinung in Osteuropa, daß die großen Parteien, die vor dem Zweiten Weltkrieg den Ton angaben, nach 1989 nicht mehr an ihre früheren Erfolge anknüpfen konnten. Die Verdienste der Traditionsparteien sind nach einem halben Jahrhundert des Verschweigens und Verdrängens kaum noch bekannt.

4,7 Prozent der Wähler haben für den "Bulgarischen Business Block" des exzentrischen George Ganèev votiert. Der BBB, eine äußerst schillernde Partei, stellte 13 Abgeordnete. Fast die Hälfte der Wähler des BBB waren unter 30 Jahre alt. Die Jugend war zum Teil unglaublich unpolitisch oder uninformiert. George Ganèev hatte in seiner Wahlkampagne daher hier leichtes Spiel.

Viele Parteien und Allianzen, denen vor der Wahl große Chancen eingeräumt worden waren und die sich schon im voraus als Sieger gesehen hatten, scheiterten an der Vierprozentbarriere. Ganz knapp unter der Sperrklausel blieb die "Demokratische Alternative für die Republik" (DAR), die die Sozialdemokraten Petãr Dertlievs, die Reformsozialisten um Aleksandãr Tomov und andere Kräfte zusammengefaßt hatte. Für den fast 80jährigen Dertliev, der sich nach 1945 der kommunistischen Übermacht entgegengestellt hatte, war die neuerliche Niederlage sehr bitter. Die Zeit scheint in ganz Osteuropa über die Sozialdemokraten hinweggegangen zu sein.

Noch weiter abgeschlagen wurden Dimitãr Lud□ev und Ivan Puškarov, die sich von der SDS losgesagt hatten. Die von ihnen getragene "Neue Wahl" erreichte nur wenig mehr als 1 Prozent der Stimmen. Fast alle Abgeordneten und Gruppierungen, die sich von der BSP, der SDS oder der DPS losgesagt hatten, blieben auf der Strecke. Die "Demokratische Partei" St. Savovs überlebte nur deshalb, weil sie sich mit einem starken Bauernverband zusammengetan hatte.

Insgesamt gingen 15 Prozent der Stimmen verloren, weil sie Parteien gegeben wurden, die die Vierprozenthürde nicht überspringen konnten. 1991 waren 25 Prozent der Stimmen für Splitterparteien abgegeben worden, die kein Mandat erhielten. 1994 haben sich die bulgarischen Wähler stärker auf solche Parteien bzw. Bündnisse konzentriert, die mit einer größeren Wahrscheinlichkeit ins Parlament einziehen konnten.

Die Regierung Žan Videnovs

Die Sozialisten sind allem Anschein nach von der Höhe ihres Sieges überrascht worden. Allerdings konnten sie nach den Prognosen damit rechnen, die stärkste Partei in der Volksversammlung zu werden. Als Koalitionspartner wäre die "Demokratische Alternative für die Republik" hochwillkommen gewesen. Für die BSP war der Sozialdemokrat Petãr Dertliev die Schlüsselfigur in der DAR, mit dessen Unterstützung man Vollmitglied der Sozialistischen Internationale werden und damit die kommunistische Vergangenheit endgültig ablegen wollte.

Das Wahlbündnis der BSP mit dem Bauernverband "Aleksandãr Stambolijski" und dem Politischen Klub "Ekoglasnost" erhielt 125 der 240 Sitze. Es mußte, da keine andere Partei zu einer Koalition bereit war, allein die Regierung bilden. Vom anfänglichen Triumphalismus der Sozialisten nach dem großen Sieg war schon bald in der "Duma" nicht mehr viel zu spüren. Die BSP wußte, welches Risiko sie einging, wenn sie allein die Verantwortung für alle Entscheidungen tragen mußte.

Nachdem das Parlament am 12. Januar 1995 zusammengetreten war, wurde der Mathematiker Blagovest Sendov, der als "Parteiloser" auf der Liste des BSP-Wahlbündnisses gewählt worden war und der sich etwas keck seiner (wissenschaftlichen ?) Kontakte zum alten wie neuen Geheimdienst rühmte[1], zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Am 25. Januar 1995 wurde Žan Videnov, der 35jährige Führer der BSP, mit 138 von 231 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Videnov muß trotz seines jugendlichen Alters und vielleicht wegen seiner Trockenheit auf viele Bulgaren vertrauenerweckend wirken. Er hat allerdings auch Züge eines Komsomolsekretärs, der er in Plovdiv war. Er hat ein englisch-sprachiges Gymnasium besucht und in Moskau am Institut für Internationale Beziehungen Außenhandel studiert. Lange galt er als Schützling von Aleksandãr Lilov, aber es war vorauszusehen, daß er sich von den alten Fesseln befreien und daß aus dem Mündel ein Vormund werden wollte. Da die Mannschaft der BSP-Abgeordneten sich stark erneuert hatte, mochte Videnov davon überzeugt sein, seine Fraktion nach seinen Vorstellungen ummodeln zu können. Geprägt sind die Sozialisten jedoch, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht, von der kommunistischen Vergangenheit, was nicht bedeutet, daß sie je Kommunisten aus Überzeugung waren oder sind. Es gab unter den BSP-Abgeordneten auch solche

[1] Demokracija, 13.1.1995.

wie Andrej Lukanov, Aleksandãr Lilov, Ilèo Dimitrov und Georgi Pirinski, die noch unter Živkov hohe Ämter innehatten. Videnov selbst, 1983 in die BKP eingetreten, war immerhin Komsomolsekretär. Pirinski hat sich offensichtlich, wenn er überhaupt je Leninist war, sehr weit von den marxistisch-leninistischen Gedankenmustern entfernt.

Die von Videnov vorgeschlagene Regierung, bestehend aus 17 Ministern, wurde am 26. Januar 1995 mit 131 Stimmen bei 15 Gegenstimmen bestätigt:

Ministerpräsident: Žan Videnov (Abgeordneter, BSP)

Stellv. Ministerpräsident und Minister für Wirtschaftsentwicklung (Makroökonomie und Wirtschaftskoordination): Rumen Geèev (Abgeordneter, BSP)

Stellv. Ministerpräsident und Minister für territoriale Ordnung und Bauwesen: Donèo Konakèiev (Abgeordneter, BSP)

Stellv. Ministerpräsident und Minister für Handel und außenwirtschaftliche Beziehungen: Kiril Coèev

Stellv. Ministerpräsident und Minister ohne Geschäftsbereich: Svetoslav Šivarov (Abgeordneter, Bulgarische Bauernpartei "Aleksandãr Stambolijski")

Minister für Auswärtige Angelegenheiten: Georgi Pirinski (Abgeordneter, BSP)

Minister des Innern: Ljubomir Naèev (Abgeordneter, BSP)

Minister für Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie: Vasil Èièibaba (Abgeordneter, Bulgarische Bauernpartei "Aleksandãr Stambolijski")

Minister für Bildung, Wissenschaft und Technologien: Ilèo Dimitrov

Minister für Kultur: Georgi Kostov

Minister für Umwelt: Georgi Georgiev (Abgeordneter, Ekoglasnost)

Minister der Verteidigung: Dimitãr Pavlov

Minister der Justiz: Mladen Èervenjakov (Abgeordneter, BSP)

Minister der Industrie: Kliment Vuèev

Minister für Verkehr: Stamen Stamenov

Ministerin für Gesundheitswesen: Mimi Vitkova (Abgeordnete, BSP)

Minister für Arbeit und Sozialfürsorge: Minèo Koralski (Abgeordneter, BSP)

Minister der Finanzen: Dimitãr Kostov.

Die schärfste Kritik zog Ilèo Dimitrov als Minister für Bildung, Wissenschaft und Technologie auf sich. Als Historiker hatte er seine Verdienste, aber er war auch mitverantwortlich für die brutale Bulgarisierung der türkischen Minderheit unter Živkov. Insgesamt gaben sich die Kabinettsmitglieder sehr weltmännisch, was sie mit Hinweisen auf ihre Englisch- oder Russisch-Kenntnisse untermauerten.

Die Regierung Videnovs übernahm eine schwere Hypothek. Die wirtschaftliche Leistung war

beklagenswert. Es gab 17 Prozent Arbeitslose, eine Inflationsrate von 120 Prozent. Es wurde vom Ausland kaum investiert. Die Kriminalität hatte erschreckende Ausmaße angenommen. Die Bevölkerung drohte in Hoffnungslosigkeit, Fatalismus oder Verzweiflung zu versinken.

Videnov und seine Minister hatten eine einfache Antwort auf die Frage, wer schließlich für die negative Bilanz verantwortlich war: Man befand sich in einer nicht näher erklärten Übergangsperiode, in der dann die SDS-Regierung von 1991-1992 durch ihre restaurative und unprofessionelle Politik vieles verpatzt habe.[1] Ein "Weißbuch", das einige Wochen später nachgeschoben wurde und das eine Analyse der gegenwärtigen Situation darstellen sollte, war als ausführliche objektive Darstellung des bulgarischen Staates gedacht.[2] Schon die Sprache dieses Weißbuchs verriet die Herkunft der Autoren aus der Schule des Marxismus-Leninismus. Zbigniew Brzezinski hat darauf aufmerksam gemacht, daß man eine ähnliche Rhetorik nur noch bei den kommunistischen Parteien Rußlands und der Ukraine antreffe.[3]

Da das "Weißbuch" für sich Objektivität beanspruchte, hätte man erwarten müssen, daß die Minister, die diesen Bericht verfaßt hatten, zunächst ohne Wenn und Aber den Irrweg, das Fiasko und die Schuld der Bulgarischen Kommunistischen Partei geschildert hätten. Letzten Endes ist die BKP 45 Jahre an der Macht gewesen und hat eine Ökonomie hinterlassen, die nicht wettbewerbsfähig war. Bulgarien hatte sich überaus einseitig an die Sowjetunion gekettet, wirtschaftlich und politisch. Es sieht so aus, daß die heutigen sozialistischen Politiker, soweit sie Kommunisten waren, diese Orientierung mitgetragen haben. Die bulgarische Wirtschaft hatte im Rahmen des Comecon halbwegs funktioniert, dann jedoch mehr schlecht als recht und zum Schluß schlecht. Als die Sowjetunion und das Comecon zusammenbrachen, standen die Kommunisten in Sofia vor den Trümmern ihrer verfehlten Politik. Man hätte in dem "Weißbuch" sagen müssen, daß die bulgarischen Kommunisten - auf Wunsch oder Druck Moskaus - die Meinungsfreiheit unterdrückt, Parteien verboten, Menschen in Lager gesperrt und eine so sterile kommunistische Monokultur geschaffen haben, daß man 1989, als man den demokratischen Neubeginn wagte, die schlechtesten Voraussetzungen für die dringend benötigte politische Kultur vorfand. Wichtige Kontakte zum Westen fehlten. Die Wahrhaftigkeit hätte es geboten, zuzugeben, daß unabhängige nichtkommunistische Intellektuelle sich vor 1989 nicht nach Belieben informieren, keine hohen Staatsposten erlangen, kaum ins Ausland reisen und keine oppositionellen Parteien bilden konnten. Die Sozialisten hätten sich zur Mitschuld ihrer kommunistischen Mutterpartei bekennen müssen, bevor sie das Recht hatten, die Regierungen Filip Dimitrovs, Reneta Indžovas sowie den Staatspräsidenten Želju Želev zu kritisieren.

Nach der Lektüre des "Weißbuchs" hat man den Eindruck, daß nach Ansicht seiner Autoren offensichtlich alles beim alten, also bei der BSP, hätte bleiben sollen, in der angeblich der höchste Sachverstand versammelt ist. Es ist jedoch eine Tatsache, daß die sozialistische Regierung Andrej Lukanovs 1990 kenterte, weil sie handlungsunfähig geworden war. Es wird im "Weißbuch" beklagt, daß während der Regierung Filip Dimitrovs 215 Personen des diplomatischen Corps entlassen worden sind und daß das Ansehen Bulgariens seit dieser Zeit in der Welt gesunken ist. Die Autoren

---

1 Videnov in: Duma, 26.1.1995.
2 Beilage der Duma, 22.3.1995.
3 Demokracija, 3.4.1995.

gehen allem Anschein nach davon aus, daß das Image Bulgariens bis dahin in Ordnung war. Man stellt sich die Frage, wie der als liberal geltende Außenminister Georgi Pirinski ein so schiefes Bild im "Weißbuch" entwerfen konnte.

Die Wirtschaft und die Kriminalität

Die "Demokratische Linke" (Demokratiènata levica), wie sich die Fraktion der BSP, des linken Bauernbundes "Aleksandãr Stambolijski" und des Politischen Klubs "Ekoglasnost" nannte, begann ihre Arbeit manchmal mit zu stark aufgetragener Selbstsicherheit oder schon Selbstherrlichkeit. Einige Sozialisten scheinen trotz des Debakels von 1989 noch immer an eine wissenschaftliche Planbarkeit der Wirtschaft zu glauben. Zwischen einem Programm und dessen Zielen liegt ein langer Weg, nicht selten ein Abgrund. Neun Monate nach der Bildung der sozialistischen Regierung kann man keine Bilanz ziehen, bestenfalls einige Tendenzen herausarbeiten, was wegen der Widersprüchlichkeit der Intentionen und Deutungen auch nicht gerade leicht ist.

Die Inflationsrate, die 1994 121,9 Prozent betrug, ist stark gesenkt worden und wird sich infolge der restriktiven Geldpolitik der "Bulgarischen Nationalbank" 1995 auf 30-50 Prozent belaufen.[1] Die Zahl der Arbeitslosen wird von 17 Prozent (1994) auf etwa 15 Prozent sinken. Entgegen den meisten Prognosen hat sich die Wirtschaft schon 1994 leicht belebt. 1995 wird mit einem Bruttosozialprodukt von 1,5-3,5 Prozent gerechnet. Im März 1995 wurden die Strompreise um 47 Prozent für Privathaushalte und die Heizungspreise um 80 Prozent erhöht. Den sozial Schwachen wurde für die Wintermonate eine Hilfe von 354 Leva zugesagt. (Der Durchschnittslohn lag bei fast 8.000 Leva.) Zum 1. September 1995 wurden die Preise für Strom um 25 Prozent erhöht. Als sehr schmerzhaft wurde empfunden, daß die G-7-Staaten den Reaktorblock 1 des Kernkraftwerks von Kozloduj geschlossen sehen möchten, der im Westen als sehr unsicher eingestuft wird.[2] Der Wert des Lev ist weiter gefallen. Die Investitionen aus dem Westen lassen auf sich warten. Was auch immer die bekanntgegebenen Zahlen besagen, viele Bulgaren fühlen sich deklassiert, weil ihr Lohn nicht einmal mehr für das Notwendigste ausreicht. Die Kühlschränke sind oft beängstigend leer. Viele sind kaum noch imstande, wie gewohnt Fleisch zu kaufen. Am bedrückendsten ist das Los der 2,4 Millionen Rentner, deren niedrige Renten kaum noch zu einem bescheidenen Auskommen reichen.

Die Privatisierung kommt in Bulgarien nicht so recht von der Stelle. Der Anteil der Privatwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt lag 1994 bei 40 Prozent, während er in der Tschechischen Republik 65 Prozent, in Ungarn, Polen, in der Slowakei, in Estland und Lettland 55 Prozent und in Rußland, Albanien und Litauen immerhin 50 Prozent ausmachte.[3]

Im November diesen Jahres soll die erste Runde der Massenprivatisierung, die vom tschechischen Modell inspiriert wurde, beginnen. Jeder Bulgare über 18 Jahre kann Vouchers im Wert von 25.000 Leva (fast 500 DM) erhalten, die entweder in Aktien von 1.300 ausgewählten Staatsbetrieben oder in Anteilscheine an Investitionsfonds eingewechselt werden können.[4] Die Aktien wiederum können

---

1 Zur wirtschaftlichen Entwicklung: DIW-Wochenbericht, 8, 1995; Länderanalysen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: Bulgarien, Juni 1995.

2 FAZ, 12.10.1995.

3 Länderanalysen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: Bulgarien, Juni 1995, S. 8.

4 NZZ, 11.10.1995; Handelsblatt, 25.7.1995.

nach einem halben Jahr an der Börse gehandelt werden. Da der Staat die Kontrolle über die Wirtschaft nicht aus der Hand geben soll, werden von den größten Betrieben nur 25 Prozent der Aktien vergeben. In einer zweiten Runde soll später die Massenprivatisierung von weiteren Unternehmen fortgesetzt werden. Es ist sehr die Frage, ob die Bulgaren diese Massenprivatisierung überhaupt verstehen. Man kann damit rechnen, daß viele tief enttäuscht sein werden, wenn die Aktien nicht bald gewinnträchtig sind.

Die Regierung macht keinen Hehl aus ihrem Wunsch, stärker als zuvor wieder das Wirtschaftsleben zu steuern.[1] Kritiker werfen ihr vor, daß sie sich ein Monopol der ökonomischen Entwicklung sichern will. Die Wochenzeitung "168 èasa" meint, daß die Sozialisten eine Mischung von Planwirtschaft und Monetarismus anstrebten, die genau so zum Scheitern verurteilt sei wie Mièurins Versuch, Petersilie mit einer Pappel zu kreuzen.[2]

Die Privatisierung wurde und wird, wie vielfach vermutet, auch vom Staatsapparat behindert, in dem noch immer die alten Kräfte dominieren.[3] Die Nomenklatura sei, heißt es, nach wie vor so stark, daß selbst die heutige sozialistische Regierung sich oft nicht gegen sie durchsetzen könne. Banken sollen unter der Hand privatisiert worden sein, Firmen melden betrügerischen Konkurs an. Privatunternehmen arbeiten offensichtlich hinter den Kulissen mit Staatsfunktionären Hand in Hand. Daß auch Nichtsozialisten inzwischen zu beachtlichem Vermögen gelangt sind, ohne daß man dessen Herkunft kennt, ist eine erwiesene Tatsache. Die Korruption und die versteckte Privatisierung bestärken die Gegner des Privateigentums in der BSP wiederum, soviel wie möglich des Staatseigentums zu erhalten.

Es ist durchaus denkbar, daß westliche Investitionswillige vor Bulgarien zurückschrecken, weil die wirtschaftliche Lage ihnen zu undurchsichtig erscheint. Es ist schon irritierend, wenn zwei Drittel aller Erwachsenen in Bulgarien meinen, daß die finanzielle und wirtschaftliche Vereinigung "Multigrup" mächtiger als der Staat sei.[4] Die Akkumulation ihres Kapitals bleibt im dunkeln. Ilija Pavlov, der Präsident von "Multigrup", schätzte den Umsatz seiner Unternehmungen für 1994 auf 1.000 und für 1995 auf 1.500 Mio. US-Dollar. "Multigrup" hat nicht nur Büros in Bulgarien, sondern auch in Mazedonien, Griechenland, in der Türkei, der Schweiz, Großbritannien, in der Ukraine, Rußland, Kasachstan, in den Vereinigten Staaten und China. Ihr werden immer wieder Querverbindungen mit Parteien und Politikern nachgesagt. "Multigrup" räumte allerdings ein, die Präsidentschaftskampagne von Želju Želev Ende 1991 unterstützt zu haben, der ihren Vorstellungen nahegestanden habe.

Seit der Regierung Ljuben Berovs, hinter der keine Parteien standen, die die Verantwortung für deren Beschlüsse übernahmen, scheint dem "wilden Kapitalismus" mit seinem Gangsterwesen und den Schutzgelderpressungen Tür und Tor geöffnet worden zu sein. Heute sieht man in Sofia auf Schritt und Tritt die Versicherungsplaketten von VIS-2 und SIC. Vasil Iliev, der Chef von VIS-2, ein ehemaliger Ringkämpfer (borec), wurde im April 1995 von seinen Gegnern erschossen und von

---

1 Bulgarisches Wirtschaftsblatt, Juli 1995, S. 15. Vgl. auch das Editorial des Bulgarischen Wirtschaftsblatts (von Ivan Ganev) vom April 1995.

2 Zitiert nach: Bulgarisches Wirtschaftsblatt, August 1995, S. 20.

3 Ivan Ganev in: Bulgarisches Wirtschaftsblatt, August 1995, S. 2.

4 BBC Monitoring, Summary of World Broadcast: Central Europe, the Balkans, 28.7.1995.

seinen Getreuen, die Sonnenbrillen trugen, zu Grabe getragen.[1]

Vor den Wahlen im Dezember 1994 sollen einzelne Sozialisten erklärt haben, daß die Mafia-organisationen der BSP nahestünden und daher auch von den Sozialisten gebremst werden können. Das war eine Selbsttäuschung. Wenn sich kriminelle Vereinigungen erst verselbständigt haben, gehorchen sie keiner Macht von außen.

Offensichtlich wird die Kriminalität von der großen Mehrheit der Bevölkerung als das vordringlichste Problem, das gelöst werden muß, angesehen. Zeitweise wurden nur bei vier von hundert Straftaten Menschen verurteilt. Man ist sich in Bulgarien auch sicher, daß Angestellte im Innenministerium mit Schmiergeldern zum Schweigen gebracht werden.

Zur Undurchsichtigkeit der politischen Bühne Bulgariens gehörte auch, daß sich Andrej Lukanov, Altkommunist, Ministerpräsident von zwei Kabinetten, als Chef von Topenergy, einer bulgarisch-russischen Erdgasgesellschaft, in Bereitschaft hält. Die Regierung in Sofia fühlte sich vom russischen Konzern Gazprom, aber auch von Lukanov übergangen, der in seiner neuen Position einen großen Einfluß auf die Politik und Wirtschaft ausüben könnte.

Wie links ist die Videnov-Regierung?

Nach der Wende von 1989 muß sehr viel Geld fast auf der Straße gelegen haben, so daß sich findige Bulgaren mühelos bereichern konnten. Viele Neureiche Bulgariens, vielleicht die meisten, sind Mitglieder der BSP oder stehen ihr zum mindesten sehr nahe. Vencislav Josifov, Direktor der "Pãrva èastna banka" (Erste Privatbank), wurde von den Sozialisten als Kandidat für das Bürgermeisteramt in Sofia unterstützt. Er selbst gab vor, nicht genau zu wissen, wieviel er besitzt, seine Frau jedoch habe 80 Mio. Leva. Die Minister der Videnov-Regierung geben sich westlich, sprechen teilweise Englisch (und Russisch), fahren nicht mehr in Wolgas, sondern in Mercedes- und BMW-Wagen, benutzen "Mobifony" (Handies). Sie betonen ihre Zugehörigkeit zu Europa, wünschen, daß das Land so bald wie möglich Vollmitglied in der EU wird. Die BSP möchte eine moderne sozialistische Partei westlichen Zuschnitts sein und strebt die Aufnahme in die Sozialistische Internationale an, was sie nicht gehindert hat, auch bei Konservativen in Westeuropa um Unterstützung nachzusuchen.

Im Westen zeigte man sich nur mäßig an Bulgarien unter Videnov interessiert. Manchmal war man allerdings erstaunt, wenn in Sofia Ungewöhnliches gesagt oder getan wurde.

Im klaren Gegensatz zu den postkommunistischen Regierungen in Polen und Ungarn zögert die Exekutive in Sofia mit einer Erklärung, Mitglied der NATO werden zu wollen. Am 25. Mai 1995 hatten der Außenminister Georgi Pirinski (BSP) und Asen Agov (SDS) schon ein gemeinsames Papier über einen NATO-Beitritt entworfen, aber es regte sich sofort wieder Widerspruch in der BSP. Die Videnov-Mannschaft glaubt, da sie ihre Beziehungen zu Rußland vertiefen will, stärker Rücksicht auf Moskau nehmen zu müssen. War die Regierung von Filip Dimitrov eindeutig prowestlich, so versucht die Regierung Videnovs einen Spagat zwischen Ost und West. Das Schillernde dieser Politik kostet Bulgarien sicher einige Sympathien im Westen. Als Staatspräsident Želev Verständnis für die Bombenangriffe der NATO auf Stellungen der bosnischen Serben äußerte,

[1] Vgl. Demokracija, 28.4.1995. Ein Schema der wirtschaftlichen Verflechtungen V. Ilievs, in: Trud, 2.5.1995.

fiel auch der größte Teil der Presse über ihn her.[1] Die SDS, die "Volksunion" und DPS befürworten nach wie vor einen Beitritt zur NATO. Es hat den Anschein, daß ein großer Teil der Bevölkerung als Folge der einseitigen Berichterstattung in den Medien gegen die NATO eingestimmt ist.[2] In welche Bredouille die "Demokratische Linke" mit ihrer Wendung nach Rußland geraten kann, zeigte sich am 18. September 1995, als vier Abgeordnete der russischen Duma in ungewöhnlich forderndem Ton einen Korridor durch Bulgarien für Öllieferungen an Serbien verlangten.[3] Dies wurde von Sofia abgelehnt. Kurz nach dem Auftritt der vier russischen Parlamentarier in Sofia wurde bekannt, daß Moskau einen neuen Wirtschaftsverbund ("Comecon II") anstrebe. Im schlimmsten Fall kann Bulgarien sowohl von Rußland wie auch vom Westen als unsicherer Kantonist angesehen werden. Der Eindruck, daß Bulgarien von Westeuropa abdriftet, zeigt sich schon seit geraumer Zeit in der westlichen Presse.[4]

Die "Demokratische Linke" beschloß sehr bald nach der Bildung der sozialistischen Regierung eine Reihe von früheren Gesetzen zu ändern, die ihren Interessen und Zielen widersprachen, vor allem das "Panev-Gesetz" (Zurückdrängung von allen Kommunisten aus dem Bereich von Wissenschaft und Bildung) und das Bodengesetz. Die Sozialisten wünschten, daß die Eigentümer, die ihr Land verkaufen wollten, dieses zunächst den Gemeinden und dem Staat anzubieten hatten. Gegen derartige Bestimmungen, die den Ungeist des Kommunismus verrieten, wurden große Demonstrationen organisiert. Das Verfassungsgericht hat viele der Änderungen und Ergänzungen des Bodengesetzes dann für verfassungswidrig erklärt.

Wenn auch die "Demokratische Linke" die Rekommunisierung nicht auf ihre Fahnen geschrieben hat, kann sie bei Bedarf jederzeit wieder Teilstücke aus der Requisitenkammer der BKP hervorholen. Ein Erstarken der Kommunisten in Rußland wird die Auseinandersetzungen anheizen. In dem neuen Klima, das seit der sozialistischen Regierung entstanden ist, kam prompt wieder die Angst vor westlichen Spionen auf. Es ist auch unübersehbar, daß die Sozialisten etwa im Fernsehen und in der militärischen Führung ihre Vertrauensleute einsetzen. Vermutlich wird man das diplomatische Corps sehr bald wieder mit sozialistischen Kadern "auffrischen".

Daß Markus Wolf nach Sofia eingeladen werden konnte und sich in Interviews[5] ein breites Forum verschaffen durfte, ist mehr als eine bloße Arabeske. In Zukunft soll in Bulgarien auch wieder stärker der Russisch-Unterricht angeboten werden.

Die BSP steht vor der Aufgabe, eine sehr heterogene Wählerschaft bei der Stange zu halten. Sie muß auch der alten Nomenklatura der BKP wieder Karrieren ermöglichen, wenn nicht in der Politik, dann in der Wirtschaft oder anderswo. Sie steht unter dem Zwang, sowohl den "roten Großmütterchen" (èervenite babièki) wie auch den roten Managern mit den Mobiltelefonen (èervenite mobifoni) gerecht zu werden. Dabei verfällt sie, wie nicht anders zu erwarten, sehr schnell in alte Denk- und Verhaltensgewohnheiten.

---

1 Duma, 3.9.1995; 24 èasa, 3.9.1995; 168 èasa, 4.9.1995; Kontinent, 5.9.1995. Hierzu die von Roumiana Taslakova herausgegebene Zusammenstellung der einschlägigen Artikel "Viel Lärm um ... vieles", Deutsche Welle, 5.10.1995.

2 Vgl. 24 èasa, 23.9.1995, S. 10.

3 Demokracija, 19.9.1995.

4 Vgl. etwa Newsweek, 17.4.1995 oder Süddeutsche Zeitung, 14./15.6.1995.

5 Duma, 26.7.1995.

Die BSP will eine Linkspartei sein und zugleich eine Schutzmacht für ihre Millionäre und Unternehmer. Das kann zu einem Auseinanderbrechen der Partei führen. Sollte sich aber die Parteidisziplin als stärker als alle Zerreißproben erweisen, würde eine sehr eigenartige "Volkspartei" entstehen, für die es in Westeuropa kein Beispiel gibt. Noch ist die Richtung der BSP nicht entschieden, damit kann sie auch nicht als berechenbar gelten.

Die Fraktionen der SDS, der NS und der DPS stemmen sich allen Versuchen der sozialistischen Regierung entgegen, ihre Macht über Gebühr auszudehnen. Sie finden, wenn die Sozialisten nicht im Geist der Verfassung und der Gesetze handeln, die Unterstützung des Staatspräsidenten, des Generalstaatsanwalts und des Verfassungsgerichts. Želju Želev, der den Sozialisten wiederholt den Spiegel vorgehalten hat, wird von diesen mit Vehemenz angegriffen.[1] Im Januar 1997 läuft die Amtszeit des Staatspräsidenten ab. Es ist schon heute erkennbar, daß Blagovest Sendov, der Parlamentspräsident, ein Parteiloser, der mit der BSP verbunden ist, bereit steht, um den Stuhl Želevs einzunehmen.

Die SDS, die stärkste Oppositionspartei, hat aus der Niederlage vom 18. Dezember 1994 Konsequenzen gezogen. Filip Dimitrov trat, was unter bulgarischen Politikern eher eine Ausnahme ist, ins Glied zurück, ohne die neue Mannschaft anzugreifen. Neuer Vorsitzender der SDS wurde Ivan Kostov, neuer Fraktionschef Jordan Sokolov. Der Nationale Koordinationsrat (NKS), in den bislang jede der 15 Parteien und Formationen je einen Vertreter entsenden konnte, wurde erheblich ausgeweitet. Er umfaßt die Abgeordneten (gegenwärtig 69 Personen), je drei Vertreter einer jeden Mitgliedspartei, Repräsentanten der Regionalräte und die Mitglieder des neugeschaffenen Exekutivrates (NIS).[2]

Es fällt auf, daß die innere Zwietracht in der SDS nachgelassen hat, nachdem linke Streithähne und die allzu egozentrischen Politiker die Union verlassen haben. Der Bann über ehemalige Kommunisten und deren Kinder, der diesen eine Karriere in der SDS unmöglich machen sollte, wurde aufgehoben.

Um stimmberechtigt zu sein, muß man heute zahlendes Mitglied der SDS sein und nicht mehr - wie früher - Mitglied einer der 15 Mitgliedsparteien der Union. Das Gewicht einer Partei oder Organisation wird heute nach den zahlenden SDS-Mitgliedern bestimmt und nicht nach den phantasievollen Angaben eines Politikers. Damit hat die SDS eine größere Rationalität und Berechenbarkeit gewonnen. Sie könnte sogar einen großen Schritt auf dem Weg zu einer Partei getan haben.[3]

Oft stehen die SDS und die "Volksunion" in der politischen Arena Seite an Seite. Es gibt aber nach wie vor Gegensätze zwischen den beiden Allianzen, was sich bei der Aufstellung von Kandidaten bei den Lokalwahlen zeigte: In Sofia hat sowohl die SDS wie auch die NS je einen Kandidaten für das Bürgermeisteramt aufgestellt.

Die DPS hat nicht nur ihre Rolle als Zünglein an der Waage verloren, sondern auch nach ihrem

---

1 Duma, 13.7.1995.

2 Zu den Änderungen siehe das neue Statut der SDS, in: SDS. Informacionen bjulletin, Juni 1995. Auch in: Demokracija, 18.5.1995.

3 Vgl. das Interview mit Gerd D. Bossen, in: Bulgarisches Wirtschaftsblatt, September-Oktober 1995, S. 10.

bedenklichen Zickzackkurs seit 1992 einen Teil ihrer Glaubwürdigkeit. Der "Bulgarische Business Block", der durch inneren Zwist und Abspaltungen geschwächt ist, neigt bei vielen Entscheidungen im Parlament der "Demokratischen Linken" zu.

Die Oppositionsparteien haben es schwer, sich Gehör zu verschaffen. Die staatlichen Medien, vor allem das Fernsehen unter Ivan Granitski, dienen klar der neuen Regierung. Die meisten Zeitungen, die sich seinerzeit im Kampf gegen die SDS nicht genug tun konnten, richten jetzt vereinzelt ihr Feuer auf die Videnov-Regierung, dürften aber nach wie vor ihre Wahlverwandtschaft mit den Sozialisten nicht aufgeben wollen. Die gesamte Opposition hat nur eine einzige überregionale Zeitung von Bedeutung, die "Demokracija", deren Auflage 30.000-50.000 betragen dürfte.[1] Wegen der hohen Preise können sich viele Bulgaren keine Zeitung mehr kaufen und sind im wesentlichen auf das Fernsehen angewiesen.

Die "Duma", das Zentralorgan der BSP, die 60.000-150.000 Exemplare verkauft, wirkt auf den ersten Blick wie das Blatt der Großbourgeoisie, wenn schon auf der Titelseite Anzeigen von Banken, Firmen und Versicherungen prangen. Allein neun Banken waren am 26. September 1995 mit ihrer Reklame auf der ersten Seite der "Duma" vertreten, von den restlichen Seiten mit bunten ganzseitigen Annoncen ganz zu schweigen. In keinem anderen Land Osteuropas wird die Verschwisterung von Kapital und postkommunistischer Partei mitsamt deren Zeitung so unverfroren und grotesk zur Schau gestellt wie in Bulgarien.

Selbst wenn der Lebensstandard in Bulgarien keine spürbare Wendung zum Besseren erfährt, werden die prosozialistischen Neigungen in der Bevölkerung nur langsam zurückgehen. Die Krankheitserreger der kommunistischen Infektion können nicht in kurzer Zeit ausgeschwitzt werden. Es bedarf einer längeren Periode, bevor die Vorurteile von ehedem absterben. Die von der BSP enttäuschten Wähler werden nicht automatisch der SDS zuströmen. Sie werden das Heer der Unzufriedenen und Desorientierten vergrößern und später vielleicht irgendeinem Rattenfänger folgen. Selbst Intellektuelle fragen sich manchmal, ob die westliche Kritik an Kozloduj nicht zu weit geht, ob man nicht die bulgarische Wirtschaft zerstören will, um sie dann billig aufkaufen zu können. Bulgaren, die plötzlich schlimmste Existenzsorgen haben, werden an sich und ihrem Land irre. Sie fragen sich, ob Bulgarien überhaupt reif sei für die Demokratie. In ihrer Verzweiflung wittern sie überall Verschwörungen und finstere Absichten, wo es vielleicht nur Mißverständnisse oder Ignoranz gibt.

Auf der Videnov-Regierung liegt eine große Verantwortung. Ob sie den richtigen Weg eingeschlagen hat, wird man in der nahen Zukunft deutlicher erkennen können. Ein Zeitvergleich mit den Ländern Westeuropas, aber auch mit Polen, Tschechien, Ungarn und Slowenien zeigt, daß die Uhren Bulgariens heute schon nachgehen.

---

[1] Zum Pressewesen: Stefan Krause, Purges and Progress in Bulgaria, in: Transition, 18, 1995, S. 46-48.

Heinz Brahm

Bulgaria under the Socialist Flag

Bericht des BIOst Nr. 62/1995

Summary

Introductory Remarks

Since 25 January 1995 Bulgaria has had a new government - the seventh since the revolution of 10 November 1989. As in many other Eastern European countries, the post-communists have now also returned to power in Bulgaria, forming an alliance of the "Democratic Left" with the Agrarian Union A. Stamboliyski and Ecoglasnost. Unlike the anti-socialist governments in Poland and Hungary, the "Union of Democratic Forces" (SDS) was not able to rule for long in Bulgaria - only slightly more than a year - and did not manage to lay stable foundations for reform. Moreover, the Bulgarian Socialist Party (BSP) has not been purged or reformed to anything like the same extent that the post-communist parties in Poland and Hungary have been.

Strangely enough, the government of experts under Lyuben Berov, which was elected following the defeat of Filip Dimitrov, tends to be regarded by voters as anti-communist even though it was supported by socialists, the "Movement for Rights and Freedoms" (DPS), which de facto represents the Turkish minority, and only by rebels from the SDS. The SDS was the only party standing in opposition to the Berov government, which ultimately no-one was sorry to see go. In spite of this, the SDS was unable to turn the failure of the Berov government to its own advantage since many Bulgarians attributed this failure, directly or indirectly, to the SDS. Many voters argued that the SDS, by pushing for democracy and a market economy, had destroyed what they came to regard with hindsight as the intact world of socialism. It was the doctor's fault. Without him the disease would never have been discovered.

For some time now a swing to the left, in favour of the post-communist parties, has been observable throughout Eastern Europe. Bulgaria is no exception. Above all pensioners and former officials have realised that they do not stand to gain from the radical changes. Pensioners see themselves robbed of the last vestiges of security as a result of inflation and the weak purchasing power of their pensions; the former nomenclatura fears for its power and privileges - before 1989 almost 1 million Bulgarians held party cards.

The SDS has, of course, also sustained serious damage through the interminable squabbles within its own ranks. Shortly before the elections in December 1994 Stefan Savov left the SDS taking a considerable number of members of parliament with him.

Findings

Having won an absolute majority of seats in parliament the BSP was able to form a government of its own choosing, although it would probably have been glad to share the burden of responsibility with a coalition partner. The government is backed by a party with currently 340,000 members - by far the most powerful political formation in the country. The party's allies - both the secret and the suspect - hold positions in business, in the banks, and in newspapers and scientific institutions. Many Bulgarians who pass themselves off as non-socialists have systematically helped to bring the SDS into disrepute and to portray the BSP as a stronghold of the intelligentsia and of competent people.

In June 1995 (there was no exact date) readers of the "Frankfurter Rundschau" received a fourteen-page advertising feature published by "Global Press" the aim of which was to smarten up the image of the new Bulgaria. Here it was stated that the Bulgarian ruling party was "in many ways on a par with the social democratic parties of Western Europe" and had a young team "who could be trusted to get the stagnating reform programme going again". The feature sought to convey the impression to the Germans that the idealised image that the BSP had of itself was already reality. The post-communist party would like to rid itself of its shady past with one stroke of the pen. Furthermore, it would like the unholy alliance that it has formed with the "capital" to be regarded as something quite natural.

The BSP must pursue a policy that is acceptable to both pensioners and "red" businessmen. Zhan Videnov, the new prime minister, is faced with the task of reconciling the interests of the pensioners and the so-called red millionaires. He is aided in this task by the party discipline of the former communists.

It is still far too early to take stock of the government. In 1993 people were over-hasty in praising the Berov government and ended up having to condemn it.

Inflation, which in 1994 was running at almost 122 percent, may lie between 30 and 50 percent this year. The economy had already recovered slightly in 1994 and this upwards trend should continue. Unemployment will fall from 17 percent in 1994 to 15 percent in 1995.

Nevertheless, the population is still clearly suffering. Women pensioners grumble about the new communists who are not as smart as the old ones. But they will vote for the socialists all the same. For many people living standards seem to be falling. Ordinary wages are hardly sufficient to buy basic necessities. Fridges are empty.

Crime, which has spread almost unchecked since the days of the Berov government, has not been brought under control by the new government either. The surreptitious transfer of national property into the hands of the former communists continues.

Even if living standards in Bulgaria continue to fall the population will not give up its socialist inclinations that easily. More than one generation learned to read, write and think under communist rule. A broad middle-class, which might have resisted communist ideas, did not exist in 1944. Moreover, anyone who might be disappointed with the BSP will not necessarily vote for the SDS. A broad mass of disgruntled voters may emerge who either no longer vote at all or who give their

support to a demagogue. Already quite a number of Bulgarians have lost faith in their country and doubt whether it is even ready for democracy.

That a government has taken a wrong turning often becomes apparent to many people only very much later. Already today one must assume that Bulgaria will lag further and further behind the reform states of Eastern Europe.